

Autor: Von Daniel Freudenreich
Seite: 0
Gattung: Tageszeitung

Auflage: 17.338 (gedruckt) 16.704 (verkauft)
 16.805 (verbreitet)
Reichweite: 0,06 (in Mio.)

"Ein unwürdiges Verwirrspiel"

IG-Metall-Vorstand Urban warnt vor der Macht der Konzerne durch das Abkommen TTIP.

Salzgitter. Die Gegner befürchten das Schlimmste: Sie sehen unsere Umweltstandards den Bach heruntergehen, die Arbeitnehmerrechte auf der Kippe und die Demokratie in Gefahr. Seit Monaten schlägt das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA hohe Wellen. Auch die IG Metall hält mit massiver Kritik nicht hinter dem Berg. Die bisherige Informationspolitik sei "ein unwürdiges Verwirrspiel" gegenüber der Zivilgesellschaft, sagte Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft, unserer Zeitung gestern im Vorfeld des 21. Salzgitter-Forums.

"Wir haben große Probleme, Dokumente einsehen zu können. Das ist höchst undemokratisch und einer demokratischen Gesellschaft wie in der EU unwürdig", sagte Urban weiter. "Solange keine einer Demokratie würdige Transparenz über die Verhandlungen hergestellt wird, können wir nur den Abbruch der Verhandlungen fordern." TTIP verfolgt das Ziel, Handelsbarrieren zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika abzubauen. Die Befürworter des Abkommens ver-

sprechen sich dadurch mehr Wohlstand für alle. Erhebungen zufolge könnte eine Familie in der EU im Schnitt 545 Euro extra pro Jahr in der Tasche haben, wenn TTIP kommt. Urban hingegen hält solche Zahlen für wenig valide. Die Wohlfandeffekte seien minimal, konstatierte der IG-Metall-Vorstand. Daraus allein könne man das Handelsabkommen nicht rechtfertigen.

Urban befürchtet, dass das Abkommen bei den Verbraucher- und sozialen Arbeitnehmerstandards zu einem "Senkungswettbewerb" führen könnte. Diese Gefahr besteht, wenn die Verhandlungspartner sich darauf einigen, überall gemeinsame Standards durchzusetzen. Und zwar auf dem niedrigeren Level. Nach dieser Lesart könnte es in Deutschland auch bald Chlorhühnchen wie in den USA geben.

"Der größte Skandal ist das geplante Investitionsschutzabkommen", sagte der IG-Metall-Vorstand. Das Abkommen räume ausländischen Investoren Sonderklagerechte gegen Staaten ein, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch nationale Gesetzesänderungen, etwa Sozial- oder Umweltgesetze, geschmälert sehen. "Das wäre eine Selbstentmachtung der Demokratie", sagte Urban. Durch das

Investitionsschutzabkommen könne auch der Mindestlohn unter Druck geraten.

"Die Bundesregierung muss endlich eine Informationsoffensive starten", forderte Urban. "Sie muss über den weiteren Gang der Verhandlungen berichten, über den Verhandlungsstand zu den einzelnen Bereichen und zu der Verhandlungsstrategie der US-Vertreter."

Außerdem müsse die Regierung endlich die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen und auch Kritiker an den Verhandlungen beteiligen. Hier sei vor allem Angela Merkel gefragt, sagte Urban. "Ich fordere die Kanzlerin auf, endlich eine klare Position zu TTIP zu beziehen. Ihre bisherige Strategie, sich einfach wegzuducken, ist nicht akzeptabel und wird ihrer Verantwortung für die Bevölkerung in der Bundesrepublik nicht gerecht."

"Ich fordere die Kanzlerin auf, endlich eine klare Position zu TTIP zu beziehen."

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Abbildung: Das geplante Freihandelsabkommen TTIP steht seit Monaten in der Kritik - wie hier bei einer Demonstration im Mai in Berlin. Archiv-Foto: Kay Nietfeld/dpa

Wörter: 430